

Absender

A-Post Plus oder Einschreiben
Bundesamt für Gesundheit BAG
Schwarzenburgstrasse 157
3003 Bern

und/oder
Per E-Mail an:
vernehmlassungIGV@bag.admin.ch

Datum

Ablehnung der neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 13. November 2024 beschlossen, zu den Änderungen der IGV ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Gerne nutze ich die Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen.

Die geplante Annahme der neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) durch die Schweiz bereitet mir grosse Sorgen. Dieses Vorhaben steht nicht im Einklang mit den Interessen unseres Landes und seiner Bürger. Die IGV gefährden unsere Souveränität, belasten die Steuerzahler und untergraben die demokratische Mitbestimmung. Ich appelliere an Sie, sich gegen dieses Vorhaben einzusetzen.

Die Schweiz verfügt bereits über ein umfassendes und bewährtes Regelwerk im Epidemiengesetz (EpG), das alle notwendigen Massnahmen zur Krisenbewältigung bietet. Der Bundesrat selbst hat bestätigt, dass dieses Gesetz die Anforderungen der IGV abdeckt. Warum sollte die Schweiz ihre Eigenständigkeit aufgeben und sich einem globalen Regelwerk unterordnen, das weder demokratisch legitimiert ist noch einen Mehrwert bietet?

Die Annahme der IGV würde zudem die Tür für den umstrittenen WHO-Pandemievertrag öffnen, der pharmazeutischen Konzernen Milliarden Gewinne garantiert und unsere Bürger zu Abnehmern kaum getesteter Produkte machen könnte. Diese Entwicklungen sind nicht akzeptabel. Die IGV schaffen ein zentral gesteuertes System, das der WHO erlaubt, Pandemien auszurufen und Massnahmen zu diktieren – ohne Rücksprache mit nationalen Parlamenten.

Hinzu kommt die massive finanzielle Belastung: Als „reiches“ Mitglied der WHO müsste die Schweiz vermutlich Abermillionen in internationale Programme investieren, ohne dass dies unserer Bevölkerung zugutekommt. Die Schweiz sollte ihre Ressourcen für eigene Gesundheitsprogramme nutzen und nicht für eine Organisation, die überwiegend wirtschaftliche Interessen vertritt.

Die Grundlage für diese neuen Regelungen, die angeblich durch Schwächen während der COVID-19-Krise begründet wird, ist zudem höchst fragwürdig. Die sogenannten „RKI-Leaks“ und andere Enthüllungen zeigen, dass die Pandemie durch manipulative Daten und Angstmacherei künstlich aufgeblasen wurde. Ein weiteres solches Szenario darf nicht durch eine willkürlich agierende WHO ermöglicht werden.

Die Schäden durch Massnahmen wie Lockdowns, Schulschliessungen und gesellschaftliche Spaltung sind uns allen noch schmerzlich bewusst. Es waren nicht Viren, sondern unverhältnismässige Massnahmen, die unser Land und unsere Gesellschaft geschädigt haben. Die neuen IGV riskieren, genau solche Schäden zu wiederholen.

Ich fordere Sie daher auf, die neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften entschieden abzulehnen und die Möglichkeit des Opting-Out zu nutzen. Unsere nationale Souveränität, die demokratischen Werte und die Interessen der Schweizer Bevölkerung dürfen nicht einer globalistischen Agenda geopfert werden.

Mit entschiedenen Grüßen

Unterschrift